

## Liebe Genossinnen und Genossen,



am letzten Wochenende fand am Samstag unser Listenparteitag in Baden-Württemberg und am Sonntag der Bundesparteitag statt. Wir haben zwei Tage intensiv gearbeitet, eine deutlich verjüngte Landesliste aufgestellt, unser Bundestagswahlprogramm verabschiedet, Olaf Scholz zu unserem Spitzenkandidaten gewählt. Alles hat wunderbar geklappt, die Technik spielte mit, sowohl vor Ort, als auch digital lief es einfach gut.

Wie findet ihr die Berichterstattung zu diesen zwei Ereignissen in der Badischen

Zeitung? Vermutlich so wie ich: Gar nicht. Es ist leider immer mehr der Trend, dass man nur dann mediale Aufmerksamkeit bekommt, wenn etwas schief läuft, wenn man die Zeitung auslädt oder sich irgendwer total zum Affen macht.

weiter auf Seite 2

### AUS DEM INHALT

Drei starke Stimmen für Berlin	2
Zukunftsprogramm raffiniert präsentiert	7
Interview zum Tag der Arbeit	9
1. Mai beim DGB in Müllheim	14
Hält das Lieferkettengesetz sein Versprechen?	14
Klimaschutz und Verfassungsgericht – ein Kommentar	15
Der 8. Mai 1945 und seine Bedeutung für Staufen	17
Günstiger Wohnraum braucht viele Initiativen	21
Atomwaffen-Verbotsvertrag: Kreistagsmehrheit verhindert Diskussion	22
Medienecke: „Frühjahrsputz“ auf dem PC	24
Termine	26
Impressum	28

Boris Palmer hat es mal wieder geschafft. Mit einer rassistischen, absolut unflätigen Bemerkung, hat er die Zeitungen an dem Wochenende dominiert. Ist es da noch ein Wunder, wenn der Großteil der Bevölkerung pauschal alle Politiker für Idioten hält? Was anderes bekommt man über sie ja nicht zu lesen.



Foto: Fionn Große

Solide und ehrliche Arbeit wird nicht gesehen. Ist ja auch keine Schlagzeile wert. Aber was macht das mit einer Gesellschaft? Die Presse wird sagen, es ist nicht ihre Verantwortung. Sie verkaufe halt das, was die Menschen lesen wollen. Aber kann man sich wirklich aus der Verantwortung stellen für die gesellschaftlichen Entwicklungen, wenn man immer nur die niederen Instinkte der Menschen bedient? Gibt es nicht auch eine Verantwortung für eine ausgewogene Berichterstattung? Wollen wir von Menschen regiert werden, die die Kunst der Provokation und Selbstdarstellung perfekt beherrschen, aber außer heißer Luft eben auch nichts von sich geben? Mir persönlich sind die stillen, unauffälligeren, die fundierte Ahnung

haben und einfach gut und zuverlässig ihre Arbeit machen, tausendmal lieber. Nur haben sie in der heutigen Zeit noch eine Chance? Es ist immer schwerer, nicht den Blendern auf den Leim zu gehen. Lasst es uns weiterhin gemeinsam versuchen und für vernünftige, solide, zuverlässige Politik eintreten. Das Regieren unseres Landes ist ein ernstes Geschäft und keine Gameshow.

Eure

Bül Stunnecke.

## Drei starke Stimmen für Berlin

Die Bundestagswahl Ende September wirft ihre Schatten voraus. Mit dem Parteitag und der Verabschiedung unseres Zukunftsprogrammes hat der Wahlkampf begonnen. Zeit, unsere Kandidierenden vorzustellen.

Unser Landkreis ist auf drei Bundestagswahlkreise verteilt: Den Wahlkreis 281 Freiburg und alles westlich davon, 282 Lörrach-Müllheim, zu dem das Markgräflerland zählt und den Wahlkreis 288 Waldshut, zu dem der Hochschwarzwald zählt.

Mit Julia Söhne, Takis Mehmet Ali und Rita Schwarzelühr-Sutter haben wir in jedem dieser Wahlkreise ein überzeugendes Angebot für die Wählerinnen und Wähler.

## Julia Söhne

Ich bin in einer echten Patchworkfamilie groß geworden. Meine Familie wohnt am Kaiserstuhl, in der March und im Vauban. Wir verbringen viel Zeit miteinander. Schon in der Grundschule hat es mich geärgert, dass viele meiner Klassenkamerad:innen mit Migrationshintergrund nicht mit mir aufs Wentzinger-Gymnasium wechseln durften, obwohl wir ungefähr dieselben Noten hatten. Wie ungerecht unser Bildungssystem ist, habe ich schon früh mitbekommen. Über die Schülerstreikdemos bin ich dann auch zur Politik gekommen. Und nun, zehn Jahre später, möchte ich für den Wahlkreis Freiburg das Direktmandat gewinnen und in den Bundestag einziehen.

Der Entschluss für meine Bewerbung um die Kandidatur ist wohlüberlegt. Er resultiert aus meiner Überzeugung, dass Freiburg und sein schönes Umland als stark wachsende Region mit eben auch stark wachsenden Ungleichheiten eine sozialdemokratische Vertretung im Bundestag braucht. Ich möchte kandidieren, weil sich an der Lebensrealität von Pfleger:innen, Erzieher:innen und Kassierer:innen durch Klatschen alleine nichts ändern lässt, durch Politik aber schon. Weil wir nicht zulassen dürfen, dass Wohnen immer teurer wird, Familien ohne zuverlässige, gebührenfreie Kinderbetreuung auf dem Zahnfleisch gehen oder Kinder in Armut aufwachsen müssen. Weil wir soziale Politik brauchen,

die nachhaltig ist, und nachhaltige Politik, die sozial ist: Die Klimawende gelingt nur, wenn sie sozial verträglich gestaltet wird. Egal, ob bei der Verkehrswende, nachhaltiger Landwirtschaft oder der Energieversorgung: Es geht um unsere Zukunft.



All diese Themen habe ich während meiner Zeit als Gemeinderätin in Freiburg schon aktiv begleiten dürfen. Dabei wurde deutlich: Entschieden werden diese Themen hauptsächlich in Berlin. Ich möchte kandidieren, um dafür zu kämpfen, dass die Bundespolitik das Leben der Menschen im schönsten Wahlkreis der Welt besser und gerechter macht. Anders als meine Konkurrent:innen von den Grünen und den Linken kandidiere ich ohne sicheres Netz und doppelten Boden, sondern setze alles

auf die Erststimme. Ich möchte Ihre und eure direkte Stimme in Berlin sein und für eine echte Veränderung in der Politik sorgen.

*Julia Söhne*



[Mehr zu Julia gibt es auf ihrer Homepage.](#)

## Takis Mehmet Ali

Mein Name ist Takis Mehmet Ali, Deutsch-Griecher, 29 Jahre alt, wohne in Badenweiler, kandidiere für den Wahlkreis Lörrach-Müllheim und lebe meinen LGBTQ-Hintergrund sehr offen aus. Ich habe die Leitung der Verwaltung und Soziales der Christophorus-Gemeinschaft inne, lehre Recht und Ökonomie an der DHBW, promoviere zum Bundesteilhabegesetz und vertrete den DPWV BW in Arbeitsgruppen der Vertragskommission Rehabilitation und Teilhabe. Ich bin Mitglied der SPD seit 2012, Beisitzer im KV Breisgau-Hochschwarzwald, Schriftführer im OV Markgräflerland und stellvertretender Juso-Vorsitzender des KV Breisgau-Hochschwarzwald.

Ich bezeichne mich als ein Arbeiterkind der Europäischen Union. Es braucht eine starke Sozialdemokratie gegen die, die Spalten wollen, auf Hass setzen und gegen die, die die Europäische Union abschaffen möchten. Die Europäische Union ist der

Garant für Toleranz, Vielfalt und die Freiheit. Ich persönlich bin ein Produkt dieser Europäischen Union, als Grieche aus der Türkei, der hier in Deutschland sein Leben so leben darf, wie er es möchte - das lasse ich mir nicht wegnehmen!



### **Sozialstaat und Wirtschaft in guten Händen**

Das ist das Motto meines Wahlkampfes für die Bundestagswahl 2021!

Das bedeutet für mich eine beschäftigungsfreundliche und solidarische Arbeitsmarktpolitik. Die Umsetzung der Klimaschutzziele bringt mit sich, dass wir auch die Wirtschaft genau betrachten müssen, um die Beschäftigten nicht zu vernachlässigen. Die Gestaltung einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft und die

Umsetzung des Transformationsprozesses braucht ein ganzheitliches Denken. Dabei werden sich neue Fragen an den Sozialstaat stellen.

Wir müssen die Sicherheit geben, dass der Staat sich kümmert. Wir müssen jede politische Entscheidung aus der Sicht der Beschäftigten sehen - dies ist präventiv gegenüber sozialen Spannungen.

Wir brauchen ein Bürgergeld, die Einführung einer fairen Bürgerversicherung und eine Reform der Rentenversicherung. Durch höhere Löhne und gerechte Arbeitsbedingungen, schaffen wir es, alle mitzunehmen und Zukunft zu gestalten. Für eine tragfähige Sozialversicherung braucht es all diese Maßnahmen. Dann gibt es auch kein Problem bei der Finanzierung der Sozialversicherung.

Sonst bin ich ein sehr offener, optimistischer und lebensfreudiger junger Mann. Ich reise gerne, begegne zu gerne Menschen und bin sehr neugierig. Lasst uns gemeinsam die Aufgaben der Zukunft anpacken und ein Leben mit Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit gestalten.

Bis dann und Glück auf.

*Takis Mehmet Ali*



[Mehr zu Takis gibt es auf seiner Homepage.](#)

## Rita Schwarzelühr-Sutter

Meine Kinder und Enkelkinder sollen es einmal besser haben. Diesen liebevollen Spruch, liebe Genossinnen und Genossen, kennen wir vermutlich alle – von unseren Eltern, der Nachkriegsgeneration. Er hat noch immer Bedeutung. Aber eine andere. Nicht mehr höher, besser, schneller, mehr ...

Wenn mich Kinder und Enkelkinder einmal fragen werden, was ich für ihre Zukunft und Lebensgrundlage getan habe, dann möchte ich ihnen guten Gewissens sagen können, dass ich die Gefahren des Klimawandels nicht nur gesehen habe, sondern, dass ich mit erfolgreicher Klimaschutzpolitik zu einem sozial-ökologischen Nachhaltigkeitswandel beigetragen habe.





Das, liebe Genossinnen und Genossen, motiviert mich mehr denn je, Politik zu machen – zuhause und in Berlin, in Europa und weltweit. Ich möchte unseren Zukunftsgenerationen eine Welt übergeben, in der große Wertschätzung für unsere naturgegebenen Ressourcen einher geht mit einer stabilen Wirtschaft und sicheren Arbeitsplätzen, mit einem guten Leben in Frieden für möglichst viele Menschen – nicht nur in Deutschland.

Nach mehr als einem Jahr Pandemie mit extremen Belastungen für jeden von uns, vor allem aber für die Familien und die Unternehmer, zeichnet sich in diesem Wahlsonntag der Aufbruch ab. Nicht einfach nur zurück in eine alte Normalität, sondern vorwärts, mit einem sozialdemokratischen Zukunftsprogramm. Wir, die SPD, haben in dieser Krise maßgeblich für Wirtschaftshilfen, sichere Arbeitsplätze und soziale Stabilität gekämpft. Und uns vielfach gegen den Koalitionspartner durchgesetzt. Zuletzt – und mit Rückenwind vom Bundesverfassungsgericht – auch beim Klimaschutz.

Schon bei den Verhandlungen über das Pariser Klimaschutzabkommen habe ich als Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit für das 1,5-Grad-Ziel geworben. Dass wir uns im deutschen Klimaschutzgesetz jetzt schon für 2045 auf Treibhausgasneutralität verpflichten, dass wir den Atom- und Kohleausstieg beschlos-

sen haben, und dass der konsequente Ausbau von erneuerbaren Energien in Gang gekommen ist – das sind erste Meilensteine auf dem Weg in die Zukunft, die ich mir für unsere Kinder wünsche. Das muss weitergehen.

Zur Demokratie gehört, dass anfangs unbequeme Wahrheiten nicht von heute auf morgen Mehrheiten finden. Der Erfolg beginnt mit Kompromissen zu kleinen Lösungen, wo eigentlich große notwendig wären. Mein Beispiel dafür sind die Risiken der Atomkraft. Deutschland hat hier die richtige Entscheidung getroffen. Ich hoffe weiter, dass auch die Schweiz und Frankreich sich überzeugen lassen.

Das wäre ein weiterer und für mich persönlich sehr wichtiger Erfolg meiner politischen Arbeit für den Wahlkreis Waldshut-Hochschwarzwald, den ich inzwischen mit einjähriger Unterbrechung seit 2005 im Deutschen Bundestag vertrete. 2013 hat mich die Bundesumweltministerin zur Parlamentarischen Staatssekretärin ernannt und damit zugleich auch sowohl zur Aufsichtsratsvorsitzenden der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS), als auch zur Kuratoriumsvorsitzenden der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) gemacht.

Das sind herausfordernde Aufgaben, teilweise auf internationalem Parkett, deren Ergebnisse in vielen Fällen auch meiner Heimatregion zugutekommen. Mit meiner Kandidatur für die Bundestagswahl

am 26. September 2021 mache ich mich stark dafür, dass der Kreis Waldshut und der Hochschwarzwald in der Zukunftsregierung mit der SPD und einem Bundeskanzler Olaf Scholz einen festen Platz hat und gleiche Chancen bekommt. Aus der Mitte des ländlichen Raums zu kommen, darf kein Nachteil sein. Ich möchte daraus eine Stärke machen. Für sichere Arbeitsplätze, Bildungschancen für alle, Digitalisierung, moderne Mobilität und Gesundheitsvorsorge – mitten in Europa.

Dafür trete ich an. Unterstützt von meiner Familie, mit der ich seit meinem Studium der Wirtschaftswissenschaften in Freiburg i. Br. und Zürich in Lauchringen lebe. Einer kleinen, aber sehr lebendigen Gemeinde, die für mich Kraft- und Rückzugsort ist. Bei Gartenarbeit, einem Spätkrimi, gutem Essen und einem schönen Wein.

Eure *Rita Schwarzelühr-Sutter*



[Mehr zu Rita gibt es auf ihrer Homepage.](#)



## Zukunftsprogramm raffiniert präsentiert

Wer liest denn schon Wahlprogramme? So richtig von vorne bis hinten, von Umschlag bis Umschlag? Vermutlich nur die Mitglieder der Programmkommission, die das bei Parteitag vorstellen müssen und alle Änderungen und Ergänzungen zusammentragen. Das ist eine Mammutaufgabe, denn Wahlprogramme sind meist riesige Schwarten.

Das Zukunftsprogramm der SPD für die Bundestagswahl im Herbst ist das nicht, auch wenn die gedruckte Version 66 Seiten umfasst. Prompt gibt es natürlich Kritik dazu: „Zu wenig detailliert“, „verharrt im Ungefähren“ und dergleichen. Wie gesagt, niemand liest Bleiwüsten, will aber zu eigenen Themen alles bis ins letzte Detail dargestellt haben. Ob das sinnvoll ist, sei dahingestellt, denn gelingen kann das in der Umsetzung ohnehin nicht.

Was aber gelingen kann, das ist ein Darstellung, die jedem selbst überlässt, wie tief man einsteigen möchte. Das geht digital besser, als auf Papier und das hat die SPD mit ihrem Zukunftsprogramm unter [zukunfftuerdich.de](http://zukunfftuerdich.de) nach meine Meinung recht gut geschafft.

Wollen wir uns das mal ein bisschen anschauen? Auf geht's. Ruft zu allererst [www.zukunfftuerdich.de](http://www.zukunfftuerdich.de) auf.

Gleich unter der Kopfzeile und einem Countdown zur Bundestagswahl kommen zehn Knöpfe zu den wichtigsten Themen: Wohnen, Arbeit, Pflege, Gleichstellung, Kinder, Leben nach Corona, Klimawandel, Ungleichheiten, Digitalisierung und Rassismus bzw. Ausgrenzung.



Jede:r wird da ein Lieblingsthema finden, wir klicken jetzt mal auf „Pflegen und gepflegt werden“ und landen weiter unten auf der Seite bei genau diesem Thema. Sieht dann in etwa so aus:



In kleinen Boxen werden einzelne Punkte aus dem Programm kurz angerissen und man kommt zum Programmtext, in dem man „Zum Programm“ klickt. Ich klicke jetzt mal auf den Link unter „Gesundheit ist keine Ware“ und lande da:



Bei manchen Absätzen gibt es am rechten Rand vertiefende Links zu passenden Parteibeschlüssen (bei kleineren Bildschirmen unter dem betreffenden Absatz), hier zum Beispiel zu einem Beschluss des Parteivorstands zur Pflegeversicherung.



Wenn man so richtig von Vorne einsteigen will, dann klickt man auf die überall auf der Startseite verteilten roten Boxen „Unser Programm für die Zukunft“ mit dem Schalter „Jetzt entdecken“.



Klickt man da drauf, dann landet man direkt im Programm mit seinen fünf



Kapiteln und kann sich da durch den Text hangeln und ggf. vertiefenden Links zu einzelnen Themen folgen.

Viele Wege führen also nach Rom bzw. durchs Programm und selbstverständlich gibt es auch eine pdf-Datei:



[Das Zukunftsprogramm der SPD](#)

Viel Spaß beim Schmökern.

*Oswald Prucker*

## Interview zum Tag der Arbeit

Der 1. Mai, Tag der Arbeit, wird wie im letzten Jahr analogisch weitgehend ausfallen - also keine kraftvollen Märsche der Gewerkschaften auf Straßen und Plätzen, keine großen Demonstrationen für bessere Arbeitsbedingungen und gerechtere Löhne. Aber ein paar Eindrücke einer kleinen Veranstaltung in Müllheim gibt's immerhin im Anschluss an diesen Artikel.

Wir möchten zusätzlich an einem Beispiel aus der Arbeitswelt einige Hintergründe der realen Arbeitsbedingungen beleuchten. Was bietet sich seit dem Frühjahr 2020 besser an, als die Tätigkeit einer examinierter Krankenschwester, heute Gesundheits- und Krankenpflegerin genannt. Wir konnten eine Pflegerin mit einer jahr-

zehntelangen Berufserfahrung zu einem Gespräch über ihre Arbeit gewinnen.

*Zunächst vielen Dank für Ihre Bereitschaft, uns heute am „Tag der Arbeit“ über ihre Tätigkeit als Krankenschwester als Gesprächspartnerin zu Verfügung zu stehen. Meine erste Frage: Was sagt Ihnen persönlich der Begriff „1. Mai - Tag der Arbeit“?*

Ich verbinde mit dem 1. Mai, dem „Tag der Arbeit“, zwei Inhalte: Erstens, das Recht zu demonstrieren, zu demonstrieren für bessere Arbeitsverhältnisse und einen fairen Lohn oder Gehalt für die Arbeit der abhängig Beschäftigten. Zweitens verbinde ich mit dem „Tag der Arbeit“ die Erfolge, die vor allem die Gewerkschaften erreicht haben: Zum Beispiel die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, der Kündigungsschutz, Urlaubsgeld usw.. Dies war möglich durch das Engagement der Arbeitnehmer - vor allem in den Gewerkschaften und in den Betriebsräten bzw. Personalräten. Leider ist dieses Engagement vor allem bei den jüngeren abhängig Arbeitenden nicht mehr in dem Umfang vorhanden, wie noch vor 30 Jahren. Sie sehen diese Errungenschaften als selbstverständlich an und wollen sich nicht mehr solidarisch einsetzen und sind nicht interessiert an einer Mitgliedschaft in den Gewerkschaften. Wenn zum Streik aufgerufen wird, machen nur wenige mit und die Streiks finden in der Mittagspause statt. Wobei ich betonen möchte, die Streiks gehen nicht auf Kosten der Pflege der Patienten. Es gibt auch noch andere

Möglichkeiten, den Betriebsablauf einer Klinik oder eines Krankenhauses so zu stören, dass die Leitung nachgeben muss. Aber gerade die jüngeren Kolleginnen bzw. Kollegen nehmen die Lohn- bzw. Gehaltserhöhungen gerne an, obwohl andere darum gekämpft haben.

*Ich gebrauchte eben den Begriff „Tätigkeit als Krankenschwester“. Ist dieser Begriff vielleicht zu kurz gefasst? Ist Ihre Arbeit nicht mehr eine „Berufung“? Dieses Wort steckt ja in dem Begriff „Beruf“. Fühlten Sie sich berufen, Krankenschwester zu werden?*

Zunächst einmal, der Begriff Krankenschwester wird heute nicht mehr offiziell für meine Tätigkeit benutzt. Bezüglich des Begriffs Berufung Folgendes: Für mich war und ist es keine Berufung, kranke Menschen in einem Krankenhaus zu pflegen, wie Florence Nightingale im 19. Jahrhundert es für einen „Gottes Lohn“ tat. Für meine Arbeit erwartete und erwarte immer noch einen fairen Lohn und keine Almosen. Für mich steht im Mittelpunkt die zwischenmenschliche Beziehung, eine Empathie mit den Patienten, die ja leiden, weil sie krank sind. Eine Schreibtischarbeit ohne Kontakt zu Menschen kam und kommt für mich nicht infrage. Deshalb habe ich „Krankenschwester gelernt“, wie man früher sagte.

*Welche Erwartungen hatten Sie an der Arbeit einer Krankenschwester?*

Ich erwartete eine kollegiale Arbeit auf Augenhöhe, auch mit dem ärztlichen

Personal. Und ich hoffte, genug Zeit für meine pflegerische Arbeit an den Patienten zu haben - und zwar nicht nur bezüglich der hygienischen und medizinischen Arbeit, sondern auch bezüglich der zwischenmenschlichen Zuwendung. Auch erwartete ich im Rahmen des medizinisch Notwendigen, selbstständig Entscheidungen zu treffen.

*Haben sich Ihre Erwartungen erfüllt?*

Eigentlich nein: Wir, die Krankenpfleger und Krankenpflegerinnen, werden nicht gleichwertig von allen Ärzten behandelt. Viele Ärzte betrachten sich immer noch als etwas Höheres, Besseres. Wir sind nicht auf gleicher Augenhöhe: „Ich bin der Doktor, du bist nur die Krankenschwester“.

Aber wir selbst sind schuld an diesem Zustand, denn mit über 80 Pflegeverbänden bilden wir kein einheitliches Gremium. Anders als die Ärzte, die verpflichtet sind, Mitglied der Ärztekammer, d. h. des Marburger Bundes, zu sein, gibt es kein entsprechendes verpflichtendes Gremium für das Pflegepersonal.

Wir haben keine wirkliche Lobby. Wie ich eben sagte - es gibt keine organisierte Bewegung, um zum Beispiel Streiks durchzuführen. Zwar sind einige des Pflegepersonals in der Gewerkschaft Verdi organisiert, aber leider zu wenige.



*Was hat sich verändert im Laufe Ihrer jahrelangen Berufstätigkeit?*

An erster Stelle ist die Arbeitsverdichtung zu nennen: Wir müssen in derselben Zeit wie früher mehr Patienten versorgen. Es ist die kürzere Liegezeit der Patienten bei gleicher Dienstleistung. Waren es früher etwa fünf Tage bis Operation, sollen es heute nur noch zwei Tage sein. Dies ist die Folge der sogenannten Fallpauschale. Schon im Jahre 2011 wollte der Gesetzgeber diese abschaffen, aber bis jetzt ist nichts dergleichen geschehen. Auch hat sich der Charakter der Pflege verändert: Gab es früher die sogenannte Funktionspflege, z. B. die Blutabnahme bei verschiedenen Patienten, gibt es heute die sogenannte Bereichspflege, d.h. unsere Arbeit ist nicht allein auf nur eine Tätigkeit am Patienten konzentriert, sondern wir sind verantwortlich für alles, was die Patienten angeht und das bei einem höheren „Patientenumlauf“.

*Die Medien, aber auch die Gesundheitsexperten, sprechen von der „Kommerzialisierung des deutschen Gesundheitswesens“. Stimmen Sie dieser Ansicht zu und, wenn, wie weit haben Sie diese Entwicklung erfahren?*

Wie ich eben beschrieb: Es sollen mehr Patienten in kürzerer Liegezeit behandelt werden. Und dies bei gleicher Personaldecke. Es geht in der Tat fast ausschließlich um die Wirtschaftlichkeit eines Krankenhauses. Kliniken sind gezwungen, wie jede andere Firma, Gewinne zu machen. Bei einigen Häusern geht es sogar um die Steigerung der Rendite - ein unhaltbarer Zustand. Ich bin der Meinung, Krankenhäuser sind nicht zu betrachten wie Firmen, die Autos herstellen oder Dienstleistungsfirmen, die Versicherungen verkaufen. Leidtragende dieser Kommerzialisierung des Gesundheitswesens sind sowohl das Personal, als auch die Patienten. Aber ich hab immer noch die Hoffnung, dass die Politiker diese fast 30-jährige Entwicklung wieder rückgängig machen. Und ich setze meine Hoffnung auf die mehr sozialpolitisch eingestellten Parteien dieses Landes.

*Die Covid Pandemie bedeutet ja eine besondere Herausforderung an das Gesundheitssystem, und das schon seit mehr als einem Jahr. Wie wirkt sich diese weltweite Krankheit auf Ihre Arbeit aus?*

Während der ersten Phase im Frühjahr 2020 waren wir alle sehr verunsichert:

Mussten oder sollten wir eine Maske tragen, sollten die Patienten Masken tragen? Es war ein dauerndes Hin und Her. Desinfektionsmittel fehlten, sie wurden rationalisiert. Es gab keine Tests vor der Aufnahme der Patienten, wenigstens in meinem Krankenhaus. Auch wir, das Pflegepersonal, mussten uns einschränken: Nur zu dritt durften wir gemeinsam essen. Der Schichtwechsel gestaltete sich kompliziert. Es durften nicht mehr als sechs Personen in einem Raum sein und wenn es im Hals kratzte, war das gleich ein Zeichen der Infektion? Einen normalen Schnupfen gab es gar nicht mehr. Eigentlich hatten alle Angst. Mittlerweile, da ja viele geimpft sind und ausreichendes Material vorhanden ist, geht es schon besser.

*Sind Sie der Meinung, dass Sie genügend Unterstützung in dieser Situation erhalten haben? Im letzten Jahr wurde den in der Pflege Tätigen applaudiert. Später empfanden dies viele der Gelobten nicht ausreichend. Insbesondere finanziell sei wenig oder gar nichts geschehen.*

Nein, in meinen Augen hat es nicht genug Unterstützung gegeben. Wir haben bis jetzt nicht genügend Wertschätzung erfahren. Es war ja ganz nett, zu applaudieren. Der Arbeitsdruck war wirklich enorm und die sogenannte Coronaprämie war in meinen Augen ein Almosen. Auch sozial erfuhr ich einige Unannehmlichkeiten. So wurde mir schon von Bekannten geraten, im

Krankenhaus zu übernachten - aus Angst vor einer Ansteckung.

Es war bei weitem nicht so, wie es hätte sein können und müssen. Zum anderen ist hoffentlich wohl jedem klar geworden, dass Pflege viel Geld kostet. Es zeigt sich heute: Es reicht nicht hinten und vorne in einer solchen außergewöhnlichen Situation. Es geht ja nicht alleine um materielle Dinge, wie zum Beispiel die Beschaffung von Intensivbetten. Es muss auch genügend Personal da sein und das kann man nicht von heute auf morgen aus dem Boden stampfen. Das dauert lange, bis das passende Personal ausgebildet ist und all das ist den letzten Jahrzehnten nicht in dem Umfang geschehen, wie es eigentlich notwendig gewesen wäre. Diese Pandemie hat deutlich die Schwächen unseres Gesundheitswesens aufgezeigt und ich hoffe nur, dass die Politiker einsehen, dass sich da was zum Besseren ändern muss.



*Was erwarten Sie von den politischen Entscheidungsträgern für Ihre Arbeit als Krankenschwester und für das deutsche Gesundheitswesen insgesamt?*

Ich kann mich nur wiederholen: Ich hoffe auf eine größere Wertschätzung, die sich auch in einer besseren Bezahlung äußert. Und allgemein müssen mehr finanzielle Mittel dem deutschen Gesundheitswesen zur Verfügung gestellt werden. Das war Nummer eins. Nummer zwei: Ich erwarte die Rücknahme der sogenannten Fallpauschalen und alles, was damit zusammenhängt. Ich erwarte einen Politikwechsel in der Gesundheitspolitik: Weg von der Vorstellung, Gesundheitseinrichtungen, wie z.B. die Krankenhäuser sind Wirtschaftsunternehmen, die nie rote Zahlen schreiben dürfen. Das gilt übrigens für das gesamte Gesundheitswesen, denn auch die niedergelassenen Ärzte sind in diesen finanziellen Zwangsjacken, Stichwort Budgetierung. Und wenn man mir sagt, das kostet alles viel Geld und dann müssten die gesetzlich Versicherten höhere Beiträge von ihren Gehältern und Löhnen einzahlen, so sage ich, es wird höchste Zeit, eine Bürgerversicherung einzurichten, in die jeder, aber auch jeder seinen Beitrag zu entrichten hat - seien es Beamte, Handwerker, Freiberufler oder Solo Selbstständige.

*Würden Sie sich heute noch einmal für Ihren Tätigkeit bzw. für Ihren Beruf entscheiden?*

Ich antworte mit einem klaren ja: Ja, ich arbeite gerne mit Menschen. Ich möchte

kranken Menschen beistehen. Eine Arbeit am Schreibtisch war und ist mir ein Graus. Nein, meine Erwartungen an die Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel die Bezahlung oder auch die geringe Wertschätzung durch einige Mitglieder der Ärzteschaft, d.h. der fachliche Austausch auf Augenhöhe, also die von mir erhofften Veränderungen an den Strukturen, sind nicht eingetroffen.

*Knapp zwei Wochen nach dem 1. Mai gibt es den „Tag der Pflegenden“. Er wird seit 1967 jährlich am 12. Mai begangen - in Erinnerung an den Geburtstag von Florence Nightingale 1820, der Begründerin der modernen westlichen Krankenpflege und einflussreiche Reformerin des Sanitätswesens. Können Sie mit diesem Gedenktag etwas anfangen?*

Nein, genauso wenig wie ich mit dem Muttertag oder dem Tag der Frauen etwas anfangen kann. Ich möchte, dass wir Pflegende das ganze Jahr lang respektvoll behandelt werden. Dazu braucht es keinen besonderen Gedenktag oder Erinnerungstag.

*Ich danke Ihnen für dieses Gespräch. Ich hoffe, dass wir im nächsten Jahr noch alle lebendig und auch gesund sind, um den 1. Mai in gewohnter Weise zu feiern.*

*Das Gespräch führte Henry Kesper*





# 1. Mai beim DGB in Müllheim

Seit an Seit mit den Gewerkschaften. Für mehr Solidarität, einen besseren Mindestlohn, faire Arbeitsbedingungen und eine stärkere Tarifbindung.



Bei der Corona- und wetterbedingt kleinen Maikundgebung in Müllheim hat unser Kreisverband zusammen mit unserem Bundestagskandidaten Takis Mehmet Ali Flagge gezeigt

*Birte Könnecke*

## Hält das Lieferkettengesetz sein Versprechen?

Im Rahmen der letzten Vorstandssitzung sprach der Kreisvorstand mit Alexander Lüth, SPD-Mitglied, Vorsitzender der AfA Breisgau-Hochschwarzwald und Vorstand des DGB-Stadtverbands Freiburg, über das neue Lieferkettengesetz. Eine kurze Vorstellung des Gesetzesentwurfs, welcher aufgrund seines Regelungsrahmens auch in der Bundespolitik stark umstritten ist, sorgte für eine angeregte Diskussion über das Für und Wider.

Der Grundgedanke des Lieferkettengesetzes ist klar und zutiefst sozialdemokratisch. Die Lieferketten für die täglichen Konsumgüter aller Bürger:innen werden in einer globalisierten Welt immer länger. Das Lieferkettengesetz soll verhindern, dass in Teilen des Wirtschaftsprozesses zum Beispiel Kinderarbeit gefördert wird, Menschen unter unwürdigen Bedingungen arbeiten müssen oder ausgebeutet werden.

Trotz dieses Grundgedankens äußerte Alexander Zweifel, ob die im Entwurf

vorgesehenen Gesetzesregelungen den zu lösenden Problemen gerecht werden können. So sieht dieser erst für deutsche Unternehmen mit mehr als 3000 Mitarbeitenden Verpflichtungen vor. Außerdem wurden die Nachverfolgungspflichten stark eingeschränkt. So gilt diese nur für Unternehmen in der Lieferkette, die im gleichen Gewerbe unterwegs sind, wie das deutsche Unternehmen am Ende der Kette. Ein Beispiel hierfür: Verkauft H&M in Deutschland T-Shirts, die in Südostasien hergestellt werden, trägt das Unternehmen nur für die Firmen in der Kette Verantwortung, die direkt mit der Herstellung des T-Shirts beauftragt sind, nicht aber für die Arbeitsbedingungen in der Baumwollplantage oder bei ähnlichen Rohstoffzulieferern.



Außerdem berücksichtigt der Gesetzesentwurf die Einhaltung von Umweltstandards nur marginal. Und, vielleicht das wichtigste, eine zivilrechtliche Haftung der Unternehmen fehlt vollständig. Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen

haben keine Möglichkeit, vor deutschen Gerichten Schadensersatz einzuklagen. Eine Klagebefugnis für NGOs oder Privatpersonen ist sowieso nicht vorgesehen.

Die SPD muss sich vor allem die Frage stellen, ob sie damit zufrieden ist, eines der wichtigsten Wahlkampfthemen des Bundestagswahlkampfes 2017 in dieser Legislaturperiode noch auf den Weg zu bringen oder ob man zu weit von seinen eigenen Zielen abrücken musste, um dieses Gesetz so zu verabschieden. Aktuell sieht vieles danach aus, dass das Gesetz wie im Entwurf vorbereitet in den nächsten Wochen verabschiedet wird. Entscheidend war dabei sicherlich, dass eine Änderung eines Gesetzes mit dann verschärften Verpflichtungen einfacher sein kann, als Diskussionen über ein neues Gesetz. Eine progressivere Regierung ab September könnte damit dafür sorgen, dass aus der guten Idee mit mittelmäßiger Umsetzung ein echter SPD-Erfolg wird.

*Patrick Röttele*

## Klimaschutz und Verfassungsgericht – ein Kommentar

Ich finde auch, wir müssen viel mehr für den Klimaschutz tun. Das mit einem Überbietungswettbewerb von Verboten und einer schnellen immensen Verteuer-

ung von Strom, Wärme und Mobilität zu verknüpfen und nicht primär die Infrastruktur, Technologiewandel und neue Technologien voranzubringen und die Menschen mit positiven Anreizen auf dem Weg mitzunehmen, halte ich für sehr gefährlich.

Davon auszugehen, dass ja jeder mal eben eine neue Heizung, Solaranlage, eAuto plus neues Dach und Fenster bezahlen kann oder mal eben nen neuen Beruf lernt, zeigt den teils arroganten Realitätsverlust mancher Kräfte, die da gerade wirken.



Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt nicht ausreichend zu betrachten und deren Veränderungen nicht aktiv und rechtzeitig zu unterstützen, ist genauso sozialer Sprengstoff wie die gewünschte 140% Kostensteigerung bei Heizung und Mobilität.

Das wird bspw. zu zusätzlichen Verwerfungen auf dem Wohnungsmarkt führen aber auch zu enormer Kostensteigerung quer durch alle Lebensbereiche und trifft diejenigen die jetzt schon keinen Cent

mehr zum Umdrehen haben ganz besonders.

Es ist überlebenswichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt das ganze Bild ausgewogener zu betrachten und gemeinsam, mindestens europäisch, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die das Ziel erreichen.

Politik des radikalen Klimaschutzes darf nicht dafür sorgen, dass am Ende keine Menschen mehr hier leben können, die künftig von einem besseren Klima profitieren sollen. Außer halt einigen wenigen die sich dieses radikalgrün leisten können.

Wir brauchen ein Maßnahmenpaket was durchdacht ist, eine klimagerechte und soziale Zukunftsvision, aber kein Aktionismus, der von blumigen und nebulösen Ankündigungen und Versprechen begleitet wird.

Das Urteil des Verfassungsgerichts ist richtig und zeigt im Übrigen auch bei anderen Themen, wie Rentenlasten oder Schulden, die auf die nächste Generationen wirken, völlig neue Fragen auf. Diese Fragen müssen gesellschaftlich diskutiert werden. Viel tiefgreifender als es eine Talkshow oder eine Schlagzeile möglich macht.

Zu Beginn der Pandemie habe ich kurz gehofft, dass wir uns neu ausrichten können und die Nullstellung nutzen, um das System neu zu denken.

Festzustellen ist dagegen, dass dieser Prozess an zunehmend konträren Wert- und Weltvorstellungen scheitert und anstelle von Dialog und Konsensfindung ein sich Überbieten neuer Absurditäten und Absolutismen stattfindet.

*Thomas Thürling*

## Der 8. Mai 1945 und seine Bedeutung für Staufen im Breisgau

Der 8. Mai 1945 - zum 36. Mal wird in diesem Jahr an dieses Datum als Gedenktag der Befreiung erinnert. Warum? Der Zweite Weltkrieg, der in Europa etwa 35 Millionen Menschen und 9.000.000 Häftlingen in Konzentrationslagern das Leben kostete, endete für Europa in Etappen.

Zum ersten Mal am 7. Mai 1945, genau um 2:47 Uhr morgens, im französischen Reims im Hauptquartier der alliierten Streitkräfte, der Feinde des Deutschen Reiches, unterschrieben die drei deutschen Oberbefehlshaber Alfred Jodl (Heer), Hans-Georg von Friedeburg (Marine) und Wilhelm Oxenius (Luftwaffe) die Gesamtkapitulation der deutschen Wehrmacht. Als Zeitpunkt für die Einstellung aller Kampfhandlungen in Europa wurde der 8. Mai, 23:01 Uhr festgelegt. Dann noch einmal am 9. Mai um 0:16 Uhr sowjetische Zeit unterschrieben in Berlin/Karlshorst drei Vertreter der

deutschen Wehrmacht in Gegenwart des sowjetischen Oberbefehlshaber Marschall Schukow das Kapitulationsdokument. Es handelte sich nicht nur um eine traditionelle militärische Kapitulation - es war eine bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches. Der englische Wortlaut lautet: "unconditional surrender", was auf Deutsch bedeutet: "bedingungslose Unterwerfung". Das Deutsche Reich verlor seine Souveränität. Die gesamte Legislative, Exekutive und Judikative übernahmen die vier Siegermächte: Die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, die Französische Republik und die Sowjetunion.

Wie kam es dazu? Das Deutsche Reich hatte am 1. September 1939 mit dem völkerrechtswidrigen Überfall auf Polen eine militärische Auseinandersetzung initiiert, die in den folgenden fünfzehn Jahren einen globalen Brand, den Zweiten Weltkrieg, zur Folge hatte. Die nationalsozialistische Regierung unter dem Diktator Adolf Hitler hatte schon vorher einen Eroberungskrieg, vor allem in Osteuropa, geplant und ihre Politik darauf ausgerichtet. Die britische und französische Regierung sahen das Gleichgewicht der Mächte in Europa durch die deutsche Aggression abermals wie 1914 gefährdet. Beide Staaten waren zudem Schutzmächte Polens. Es gelang ihnen, eine militärische Allianz gegen den deutschen Aggressor zu bilden. Deutschland führte nicht nur einen mörderischen Vernichtungskrieg gegen die



Bevölkerung Mittel- und Osteuropas, weil sie die dort lebenden Menschen als „wertlose Untermenschen“ betrachteten, sie übten auch einen Terror gegen die eigene Bevölkerung im Deutschen Reich aus. Höhepunkt war die Ausrufung des „totalen Krieges“ 1944. Mithilfe von Überwachungsmechanismen, Einschüchterungen und abschreckenden Gerichtsurteilen mit vielen Todesurteilen wurde jedweder Widerstand schon im Ansatz erstickt. Das „gleichgeschaltete“ deutsche Volk wurde rund um die Uhr überwacht mithilfe eines Heeres von willigen und eifrigen Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) und eines dichten Netzes uniformierter und in Zivil gekleideter „Staatsdiener“ wie SS, Staatssicherheitsdienst (SD) und geheimer Staatspolizei (Gestapo), um nur die schrecklichsten zu nennen. Rückblickend betrachtet gab es also Täter und Opfer. So ist es nicht verwunderlich, dass das Ende des Zweiten Weltkrieges und die Niederlage des Deutschen Reiches in Deutschland unterschiedlich aufgenommen wurde: Die überwiegende Mehrheit der Deutschen war erleichtert, für die politisch Verfolgten und Terrorisierten in den Gefängnissen und Zuchthäusern, zu denen viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehörten, für die ausländischen Zwangsarbeiter und v. a. für die in den Konzentrationslagern misshandelten und unmenschlich behandelten Häftlingen bedeutete das Kriegsende eine wirkliche Befreiung von

Qual und Tortur. Für die aktiven Nationalsozialisten bedeutete die Niederlage Angst vor einer Bestrafung durch die „siegreichen Feinde, die Besatzer“. Sie befürchteten, für ihr Verhalten während der zwölfjährigen Nazidiktatur zur Verantwortung gezogen zu werden. Ein Unrechtsbewusstsein gab es bei den aktiven Nationalsozialisten und ihren Unterstützern allerdings kaum oder gar nicht. Dies war wohl auch der Grund für den Selbstmord fast aller führenden Nationalsozialisten.

Was bedeutete der 8. Mai für die Menschen in Staufen/Breisgau? Die Staufener hatten im Jahre 1945 schon einiges mitgemacht. Im Februar war der Krieg direkt in den Ort gekommen. Da die in und um Staufen stationierten SS Einheiten mit Artilleriefeuer die vorrückenden französischen Truppen aufzuhalten versuchten, griffen Kampfflugzeuge und Bomber (vermutlich Maschinen der US-amerikanischen Air Force) den Ort am 8. Februar dreimal an: 79 Menschen (51 Zivilisten und 28 Soldaten) wurden getötet und 305 Gebäude wurden vollständig bzw. teilweise zerstört. Aber auch dieses Ereignis brachte v.a. die fanatischen und sicherlich auch verzweifelten Nationalsozialisten nicht zu der Einsicht, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen war, denn einige von ihnen töteten weiter: Eine im benachbarten Münstertal stationierte SS Gruppe ermordeten am 22. April den örtlichen Pfarrer. Die französischen Truppen hatten schon Krozingen besetzt und fast alle Einheiten der Wehrmacht waren in



Richtung Schwarzwald geflohen. Um den französischen Vormarsch zu verhindern, befahl der Ortsgruppenleiter der NSDAP die vorbereitete Sprengung der Brücke über den Neumagen durchzuführen. Jetzt aber reichte es den Bewohnern Staufens, vor allem den Eigentümern der benachbarten Häuser an der Brücke. Der stellvertretende Bürgermeister und zwei weitere Bürger übergaben die Stadt kampfflos, wie von dem französischen Kommandanten gefordert. Sie verhinderten auch mithilfe der französischen Soldaten die Sprengung der Brücke, indem sie von den angebrachten Sprengbomben berichteten. Die Franzosen rückten am 23. April kampfflos ein. Der Krieg war wohl für Staufen und seine Bewohner zu Ende - fast, denn es kam zu weiteren Kampfhandlungen: Die im Münstertal stationierten Waffen-SS Gruppen versuchten den Vormarsch der französischen Truppen zu verhindern, indem sie auf Staufen mit Artillerie schossen, dies gelang ihnen nicht. Am Mittwoch, dem 25. April, schalteten die französischen Truppen, meist marokkanische Soldaten, den deutschen Widerstand aus. Jetzt erst war der Krieg für Staufen endgültig beendet.

Da die Bevölkerung allgemein keinen Zugang mehr zu Nachrichten hatte (alle Radios hatte die Bevölkerung den Besatzern zu übergeben und die einzige Zeitung in Staufen, das Staufener Wochenblatt, gab es schon seit 1934 nicht mehr), erfuhren die Staufener von der bedingungslosen

Kapitulation des Deutschen Reiches in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai durch das Glockenläuten ihrer Stadtkirche. Befreite polnische Zwangsarbeiter und französische Besatzungssoldaten kletterten in den Glockenturm, um die drei letzten übrig gebliebenen Kirchenglocken erklingen zu lassen. Der Friede wurde also den Staufenern von Fremden verkündet.



Fühlten sich die Bewohner der Stadt befreit von der NS Diktatur oder fühlten sie sich vom Feind besetzt? Ob Sie sich diese Frage überhaupt stellten, ist nicht überliefert. Die meisten hatten wohl andere Sorgen: Hunger, Kälte und Obdachlosigkeit herrschten vor. Auch in Staufen war die Lage gekennzeichnet von einer Verdopplung der Einwohnerzahl. Flüchtlinge und Ausgebombte waren schon seit Anfang 1945 oft gegen den Willen der Einheimischen in Wohnungen eingewiesen worden. Und Lebensmittel waren rationiert - glücklich diejenigen, die Landwirtschaft betrieben, wenn sie auch Rohstoffe für Lebensmittel abgeben mussten.

Was geschah nun mit den Mitgliedern der NSDAP und vor allem mit den Funktionären

der Partei? Schon am 23. April 1945 verbot die örtliche französische Besatzungsbehörde die Partei und sämtliche ihrer Organe. Ihr Vermögen wurde beschlagnahmt. Die Funktionäre wurden inhaftiert: So zum Beispiel der NSDAP Ortsgruppenleiter und sein Stellvertreter, sowie weitere fanatische Nationalsozialisten. Lehrer, die Parteimitglieder gewesen waren, wurden entlassen. Etliche wurden in Umerziehungseinrichtungen gesteckt. Dort sollten sie zu Demokraten erzogen werden. Vor sogenannten Spruchkammern, in denen sowohl Vertreter der Besatzungsmacht, als auch unbelastete Deutsche saßen, wurden alle Parteimitglieder und auch NS Sympathisanten verhört und dann als Mitläufer, Minderbelastete, Belastete oder Hauptschuldige eingestuft. Den letzten beiden wurde der Prozess gemacht. Allerdings kamen viele mit geringen Strafen bzw. Einschränkungen davon. So verwundert es, dass der NS Ortsgruppenleiter als Verantwortlicher für jahrelanges Schikanieren, für die Verfolgung von wirklichen und vermeintlichen NS Gegnern und für die Einweisung von Mitgliedern der israelitischen Gemeinde, d.h. von Juden, in Konzentrationslagern lediglich mit einem Berufsverbot und gekürzter Pension davon kam. Oft halfen sich ehemalige Parteigenossen gegenseitig mit „Entlastungsbeweisen“. Insbesondere in einer kleinen Stadt wie Staufer kam es so zur Bildung einer „Mauer des Schweigens“ und eines Netzwerkes.

Der Beginn einer politischen Wende wurde deutlich mit der Rückkehr von Alois Schnorr nach Staufen. Schnorr war bis 1938 Vorstandsvorsitzender der örtlichen Volksbank. Da er mit einer vom Judentum zum Christentum konvertierten Frau verheiratet war, galt er als „jüdisch versippt“. Er wurde 1944 als Zwangsarbeiter in das thüringische SS Sonderlager Billroda, einem Außenlager des KZs Buchenwald, eingewiesen und im April 1945 befreit. Er wurde auf Bitten zahlreicher Staufener von der französischen Besatzungsmacht als Bürgermeister im Mai 1945 eingesetzt, diese ernannte auch acht Männer aus Staufen als Gemeinderatsmitglieder. Von einer politischen Normalität konnte allerdings noch keine Rede sein. Erst im September 1946 fanden die ersten freien Gemeinderatswahlen statt.

An ein für unsere Partei, der SPD, wichtiges historisches Ereignis jener Zeit soll hier erinnert werden: Kurt Schumacher, der erste Nachkriegsvorsitzende der westdeutschen SPD, organisierte mit einigen weiteren Sozialdemokraten schon am 10. April 1945 in dem von US-amerikanischen Truppen besetzte Hannover eine Zusammenkunft, auf der sie den Wiederaufbau ihrer Partei beschlossen - also 20 Tage vor dem Selbstmord Adolf Hitlers. Und am 6. Mai hielt er auf der Versammlung zur Wiederbegründung des SPD Ortsvereins Hannover eine programmatische Rede. Schumacher war nicht nur ein Kriegsinvalide des Ersten Weltkriegs. Die National-

sozialisten hatten ihn auch als aktiven Sozialdemokraten über einen Zeitraum von neun Jahren, neun Monaten und neun Tagen in verschiedenen Konzentrationslagern gefangen gehalten. Am 16. März 1943 wurde er als schwerkranker Mann nach Hannover entlassen, wo er sich zwangsweise aufhalten musste. Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 wurde Schumacher vom 24. August bis 20. September 1944 erneut inhaftiert. Zunächst in einem Gestapo-Gefängnis, später im KZ Neuen- gamme. Danach musste Schumacher sich weiterhin in Hannover aufhalten, bis die Stadt am 10. April 1945 durch alliierte Truppen befreit wurde.

Als was auch immer der 8. Mai 1945 von den Zeitgenossen betrachtet wurde:

- als Tag des Sieges oder als Tag der Niederlage,
- als Tag der Befreiung oder als Tag der Besatzung.

Heute muss er für uns eine Aufforderung sein, einen Terror, wie den von 1933 - 1945 unmöglich zu machen. Wehret den Anfängen!

*Henry Kesper*

## Günstiger Wohnraum braucht viele Initiativen

Unsere Kandidierenden für den Bundestag haben die Wohnungsmarkt-Thematik weit oben auf ihrer Agenda. Das Urteil zum

Berliner Mietendeckel hat sie deshalb auch in der letzten Woche sehr beschäftigt. Man kann und muss sich dem Thema auf sehr verschiedenen Ebenen widmen, es gibt keine einfache und erst Recht keine schnelle Lösung. Um so wichtiger ist es, dass man mit einem klaren Kompass und praktischer Arbeit an das Thema geht.



Unser Kandidat im Wahlkreis Lörrach-Müllheim – **Takis Mehmet Ali** – nutzt seinen ökonomischen Ausbildungshintergrund und stellt klar: „Wir brauchen den Staat als Anbieter auf dem Wohnungsmarkt. Der Markt versagt!“. Der Staat kann nach dem Selbstkostenprinzip kalkulieren und dadurch günstiger anbieten. Nach seiner Meinung würden wir so ein wichtiges Element der Sozialen Marktwirtschaft dazu nutzen, einen echten Wettbewerb zu provozieren, mehr günstige Angebote zu schaffen und wieder eine Auswahl für Mieter:innen zur Verfügung zu stellen. Ein Mietendeckel wäre dann auch nicht notwendig.

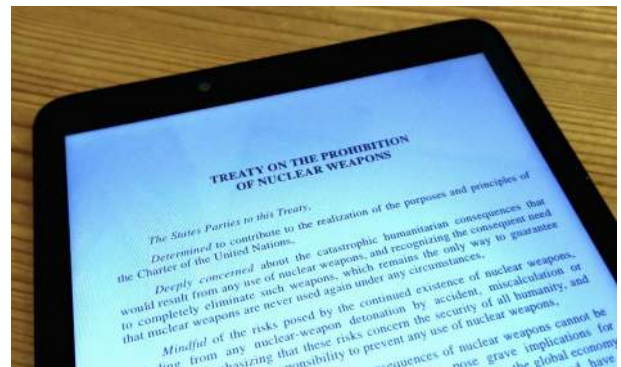


**Julia Söhne** – Kandidatin im Wahlkreis Freiburg – geht die Sache praktisch an und zwar direkt in ihrem Umfeld. Sie wohnt in Freiburg in einer Bauvereinswohnung und engagiert sich dort für das genossenschaftliche Bauen und Wohnen. Gerade erst wurde sie mit einem hervorragenden Ergebnis als Mietervertreterin im Stühlinger gewählt. Sie betont zudem, dass genossenschaftliches Bauen auch im Freiburger Umland wichtig ist, denn auch da explodieren die Preise und auch da wird es immer wichtiger, Bauland so zu entwickeln, dass auch günstige Mehrfamilienwohnungen entstehen. Auch als Stadträtin setzt sie sich schon lange grundsätzlich für mehr geförderten Mietwohnungsbau ein und stellt dabei fest, dass den Kommunen die entsprechenden Mittel vom Bund fehlen, um einen Mietstopp einzuführen, Luxus-sanierung und die Verdrängung von Mieter:innen zu verhindern und den Boden in staatlicher Hand langfristig zu sichern.

*Oswald Prucker*

## Atomwaffen-Verbotsvertrag: Kreistagsmehrheit verhindert Diskussion

In der Kreistagssitzung am 3. Mai wurde der Antrag der SPD-Fraktion für eine Resolution zum Atomwaffen-Verbotsvertrag (Siehe Link am Ende des Berichts) auf Antrag der Freien Wähler mit den Stimmen der FW, CDU, FDP und AfD von der Tagesordnung abgesetzt. Begründung: Nicht zuständig.



Bereits im Vorfeld der Behandlung der Resolution zum Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Atomwaffen-Verbotsvertrag der Vereinten Nationen wurde vielfach die Befassungskompetenz des Kreistags für diese angebliche nur allgemeinpolitische Frage bezweifelt, weil der Atomwaffen-Verbotsvertrag nicht in die Regelungszuständigkeit des Kreistages falle.

Unsere umgehende Pressemitteilung führte zu einer entsprechenden Berichterstattung in der BZ, woraufhin sich ein



umfangreicher Schlagabtausch in den Online-Kommentaren zum Artikel auch unter Beteiligung aller Fraktionsvorsitzenden des Kreistags entspann. „Weil man im Kreistag nicht drüber diskutieren wollte, macht man es jetzt stattdessen in der Kommentarspalte der BZ. Interessante Taktik“, meinte dazu Birte Könnecke.

Als SPD-Fraktion haben wir darauf aufmerksam gemacht, dass wir uns mit unserem Antrag in einer guten Tradition mit den bisherigen Resolutionen der vergangenen Jahre sehen. Alle diese Resolutionen wurden ohne eigene Regelungskompetenz des Kreistags in der Sache, und gerade auch deswegen, als Resolution im Sinne einer dringenden Bitte gegenüber Dritten vom Kreistag gefasst. Wir erinnern beispielhaft an diverse Resolutionen zu Fessenheim, zur B31 West, aber auch an die Resolution zur Änderung des Bundeswaldgesetzes im Zusammenhang mit dem Kartellverfahren zur Holzvermarktung oder aktuell das Engagement des Landkreises in Sache StocaMine – alles Angelegenheiten, die nicht in der primären Regelungskompetenz des Kreistages liegen.

In Deutschland haben sich unserem zur Unterstützung beantragten Appell für ein weltweites Verbot von Atomwaffen bereits mehr als 110 Kommunen angeschlossen, darunter auch mehrere Landkreise. In Baden-Württemberg haben bisher der Ostalbkreis und mehr als ein Dutzend Städte, darunter Stuttgart, Heilbronn,

Esslingen, Schwäbisch Gmünd, Mannheim, Karlsruhe, Konstanz, Überlingen, Lahr und Freiburg mit dem Appell die Bundesregierung aufgerufen, dem UN-Atomwaffen-Verbotsvertrag beizutreten, der am 21.01.2021 als Teil des internationalen Völkerrechts in Kraft getreten ist. Deutschland und die Atomwaffenstaaten haben bislang den Vertrag nicht unterzeichnet.



Der Initiator des Appells ist ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons), ein globales Bündnis von über 450 Organisationen in 100 Ländern, das sich für atomare Abrüstung, Frieden und Völkerverständigung einsetzt. Es wurde 2017 dafür mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. ICAN ruft weltweit Kommunen dazu auf, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen.

Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung vor allem für kommunale Ballungsräume dar. Sie sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs.



Damit sind Kommunen direkt betroffen und sollten sich deshalb in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiert auf der Drohung, die wichtigsten Orte eines Landes anzugreifen. Auch Ballungsräume am Oberrhein waren und sind wohl immer noch Ziele einer atomaren Auseinandersetzung. Die Kommunen tragen eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass in einer repräsentativen Demokratie sich auch ihre Repräsentanten gegen die Bedrohung mit Atomwaffen aussprechen. „Das Engagement von Kommunen ist wichtig, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit diese auf den Willen der Bevölkerung achtet“, ergänzt der LINKE-Kreisrat Rolf Seifert aus Au, der Initiator des Fraktions-Antrags.

In dieser existentiellen Angelegenheit sind kommunale Mandatsträger in gleicher Weise gefordert, wie beispielsweise in der AtomEnergie-Frage. Auch dort wurde bis weit in die 80er Jahre hinein von der damaligen Verwaltungsspitze des Landkreises wie auch von der damaligen Kreistagsmehrheit eine Zuständigkeit für Fessenheim oder Wyhl vehement widersprochen – später dann, und bis heute, richtigerweise nicht mehr.

Wenn wir als Repräsentanten unseres Landkreises und als Sprachrohr der Menschen unserer Region im Verbund mit vielen anderen Kommunen unseres Landes die Regierung an die humanitären Folgen von Atomwaffen für ihre Bürgerinnen und Bürger erinnern und dazu auffordern, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, ist dies eine spürbare Mahnung an den Bundestag, von der wir erwarten dürfen, dass sie gehört wird.

*Helmut Schöpflin*  
Kreisrat



Antrag: [Atomwaffen-Verbotsvertrag beitreten.](#)

## Medienecke: „Frühjahrsputz“ auf dem PC

Den Winter sind wir los – die Sommerreifen sind montiert – Fenster sind geputzt ... Zeit, um auch am PC Klarschiff zu machen. Hier habe ich euch ein paar prima Tipps, die jeder selbst einfach durchführen kann, um mal wieder Ordnung und Schnelligkeit auf den PC zu bekommen ... auf geht's:

**1. „Putze“** Programme weg, die du nicht verwendest

Beginne damit, alle Programme zu löschen, die du gar nicht verwendest. Um deine Programme auf dem PC zu sortieren, gehst du in die Systemsteuerung, klickst auf Programme und Funktionen, und sortierst

die Programme nach Installationsdatum. Dadurch siehst du die kürzlich installierten Programme, kannst auswählen, welche du nur selten oder gar nicht nutzt und diese löschen.

## **2. „Erfrische“ die Programme, die du verwendest**

Der Sicherheit und Funktionalität wegen, solltest du immer die aktuelle Version aller installierten Programme nutzen, inklusive Browser und Betriebssystem. Manche Programme aktualisieren sich automatisch, bei anderen müsst du diese Aufgabe manuell anstoßen und nach Updates schauen.

## **3. „Säubere“ deinen Desktop**

Der Desktop wird mit der Zeit immer voller mit Programmen und Dateien. Je mehr Dateien auf dem Desktop liegen, desto höher ist die Belastung für dein System – es arbeitet langsamer. Sieh dir deinen Desktop an und reduziere die Dateien auf die wichtigsten; werfe alles weg, was du nicht mehr brauchst, oder verschiebe Dokumente und andere Dateien in die entsprechenden Ordner auf der Festplatte. Müllleiner leeren nicht vergessen.

## **4. „Wische“ durch deinen Autostart/Startup**

Es kann gut sein, dass dein Computer beim Einschalten mehr Programme startet, als wirklich benötigt werden. Und je mehr Programme der Computer beim Einschalten startet, desto länger dauert der

Startvorgang. Rufe deinen Taskmanager auf. Im Reiter Autostart/Startup wählst du die nicht notwendigen Programme aus und deaktivierst den Autostart. Aber Vorsicht: Wenn du ein Programm nicht kennst, solltest du es nicht aus der Liste löschen oder deaktivieren, denn es könnte wichtig für den Startprozess sein.



## **5. „Reinige“ deinen Browser**

Nun solltest du deine Download-Historie, den Browser-Cache und die Cookies löschen. Du solltest aber wissen, dass du damit alle gespeicherten Login-Informationen verlierst, wobei einige Browser es aber erlauben, diese beim Löschen zu behalten. Dieses Löschen ist gut, um den Browser von Ballast zu befreien. Jeder Browser hat in seinen Einstellungen hierfür Möglichkeiten vorgesehen. Einfach den Anweisungen folgen.

## **6. „Aufräumen“ der Festplatte**

Defragmentieren (Neuanordnung der Daten auf der Festplatte) auf Windows-Computern macht dein System wieder

schneller und leistungsfähiger. In Windows 8 findest du die Funktion durch eine Dateisuche nach „defrag“; auf älteren Systemen gehst du in den Start-Ordner „Programme“, dort auf „Zubehör“ und dann auf „Systemprogramme“. Dort findest du das Defragmentierungswerkzeug. Beachte aber, dass die Defragmentierung recht lange dauert und du währenddessen deinen Computer nicht verwenden kannst – am besten startest du die Defragmentierung, bevor du ins Bett gehst. Unter iOS kannst du die Festplatte mit dem Disk Utility defragmentieren.



### 7. „Entflecke“ deinen Computer buchstäblich

Auch Computer werden mit der Zeit schmutzig – säubere ihn also von Staub, Bröseln und anderem Schmutz, der sich über die Monate angesammelt hat. Praktisch dabei sind Monitor-Reinigungstücher und Druckluft-Reinigungsflaschen.

### 8. „Safty first“ – Sicherheit geht vor!

Wenn das Reinigungsteam fertig ist, solltest du noch die Security ihren Job

machen lassen. Die sollten dann schauen, ob die Sicherheitssoftware auf dem neuesten Stand ist – ob Sicherungskopien deiner Dateien anzulegen sind (z.B. auf einer externen Festplatte oder in einem Cloud-Speicher) – ob mal wieder neue Passwörter fällig sind.

Jetzt sollte die Kiste wieder „**blitzeblank**“ sein. Wie immer dürft ihr gerne auf mich zukommen, wenn ihr Fragen habt, Hilfe braucht, euch ein Thema wünscht, welches ich hier behandeln soll oder sonst irgendwo der Schuh drückt.

*Tanja Kühnel*

## Termine, Termine

### Digitaler Kreisammtisch

Wir laden euch ein zu den Online-Kreisammtischen am **Montag, 14. Juni**, **Dienstag, 13. Juli** und **Dienstag, 17. August** jeweils **ab 19:00 Uhr**.



Nutzt euer Notebook, surft nach <https://us02web.zoom.us/j/88362045387> und befolgt die Anweisungen am Bildschirm.

Falls nötig: Die Meeting-ID ist die 883 6204 5387. Mit dem Mobiltelefon geht's auch: Zoom App installieren, aufrufen und mit der Meeting-ID beitreten.

### Kreis-Foren auf Zoom

**Kreis-Forum Lokalpolitik:** Das Forum für alle Kommunalpolitiker:innen und Gemeinderät:innen. Wir wollen in ca. monatlichem Abstand jeweils ein typisches Thema vornehmen. Genauer legen wir im ersten Treffen fest:

#### **Donnerstag, 20.05.2021 um 19 Uhr**

Wir stellen eine Mailinglist für dieses Forum zusammen, Wer dazu will, der meldet sich bitte bei Ossi Prucker unter [prucker@spd-merdingen.de](mailto:prucker@spd-merdingen.de).

Weitere Foren-Termine:

Donnerstag, 27. Mai, 19 Uhr

**Machen ist wie wollen, nur krasser**  
mit Birte Könnecke

Freitag, 2. Juni, 19 Uhr

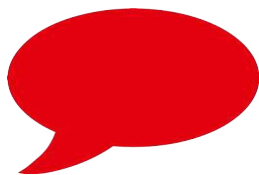
**Die große Politik - Nahostkonflikt**  
mit Patrick Röttele

#### **Zoom-Link für alle Foren**



[Zoom-Link für alle Foren](#)

Meeting-ID: 883 6204 5387  
(wie Stammtisch)



### Bedingungsloses Grundeinkommen

Der SPD-Ortsverein Dreisamtal lädt ein zu einem Informations- und Diskussionsabend mit Arfst Wagner zum Thema:

#### **Neuer Politikstil, systemische Ansätze und das bedingungslose Grundeinkommen**

In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Welche Antwort gibt es auf die digitalisierte Arbeitswelt? Ist das Grundeinkommen das Sozialmodell der Zukunft? Arbeitet dann noch jemand und ist es überhaupt finanzierbar? Und: Wer macht dann die Drecksarbeit?



Foto: stanjourdan/flickr CC-BY-SA 2.0

Fragen, Antworten und Impulse. Ein Infoabend mit dem bGE-Aktivistin und Bürgerrechtler Arfst Wagner, der auch Mitglied in der Grundsatzkommission des Netzwerk Grundeinkommen ist.

Am **Donnerstag, 20.05.2021 um 19 Uhr** unter:



[GotoMeet-Link zur Veranstaltung](#)

Die Teilnahme ist auch über Telefon möglich: +49 721 6059 6510, Zugangscode: 357-957-381.



## Wir.Machen.Zukunft.

### Neue Vitalität für die Innenstadt.

Innenstädte und Ortszentren bringen die Menschen zusammen und halten das soziale Leben in Gang. Die Ortsmitte verliert jedoch schon lange an Bedeutung. Corona hat die Lage weiter zugespitzt.



Am **Donnerstag, den 20. Mai um 18:30 Uhr** trifft sich Rita Schwarzelühr-Sutter mit Prof. Dr. Carsten Kühl vom Deutschen Institut für Urbanistik in einer Online-Konferenz, um über Ideen und Chancen für die Ortsmitte der Zukunft in unseren Städten und Gemeinden zu sprechen. Diskutiere mit, bringe deine Ideen mit ein und melde dich per E-Mail an unter:

[rita.schwarzeluhr-sutter@bundestag.de](mailto:rita.schwarzeluhr-sutter@bundestag.de)

### Campaign Camp

Beim digitalen Campaign Camp geht es mit Olaf, Saskia, Norbert und Lars um die wichtigen Botschaften für diese Kampagne.

**Samstag, den 05. Juni 2021 ab 14 Uhr.**

Mach mit, bei Workshops zu digitalen und analogen Kampagnen mit internationalen Campaigner\*innen. Info folgt.

## IMPRESSUM

Herausgeberin & V.i.S.d.P. ist die Kreisvorsitzende der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Dr. Birte Könnecke, SPD Regionalzentrum Merzhauser Str. 4, 79100 Freiburg.

Redaktion:

Oswald Prucker, Tanja Kühnel und Birte Könnecke

Kontakt: [redaktion@spd-breisgau-hochschwarzwald.de](mailto:redaktion@spd-breisgau-hochschwarzwald.de)

## WIR IM NETZ

Kommt regelmäßig auf [spd-breisgau-hochschwarzwald.de](http://spd-breisgau-hochschwarzwald.de) und zu Facebook, Instagram, Twitter oder YouTube unter **Rot-wild im Schwarz-wald.**

Dort sind wir aktueller als im Mitgliederbrief und dort gibt's die meisten Infos einfach viel schneller.

